

Heinz Theisen

Eindämmung des Islamismus als Minimalkonsens

Der Islamismus gehört nicht zu Deutschland

Der Satz der Bundeskanzlerin „Der Islam gehört zu Deutschland“ ist nur in einem empirischen, aber nicht in einem normativen Sinne richtig. Letzteres zu ändern ist eine Aufgabe, die in der Integrationsarbeit beiden Seiten gestellt ist. Ihr Erfolg dürfte sich nicht zuletzt darüber entscheiden, ob es gelingt, den Islamismus auf kleine Randgruppen einzugrenzen.¹ Diese Ausgrenzung des Islamismus könnte der Minimalkonsens zwischen muslimischen Zuwanderern und säkularem Staat sein. Auch Angela Merkel ergänzte ihren Satz dahingehend, dass „der Islamismus nicht zu Deutschland gehört.“ Das Grundgesetz schütze nur die Glaubensbekenntnisse, die sich innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Islamismus und Extremismus gehörten nicht dazu und müssten entschlossener bekämpft werden.²

In der Unterscheidung zwischen einem integrierbaren religiösen Islam und einem zu bekämpfenden politischen Islamismus schält sich ein politischer Minimalkonsens sowohl der Demokraten als auch zwischen den Kulturen heraus. Die Übergänge zwischen ihnen sind jedoch oft fließend. Nach der einschlägigen Studie des Bundesinnenministeriums über „Muslime in Deutschland“ gaben 46,7 Prozent der Befragten an, dass ihnen die Gebote der Religion wichtiger seien als die Demokratie und immerhin ein Viertel der muslimischen Jugendlichen bejahte schon 2007 die eigene Bereitschaft zur körperlichen Gewalt gegen Ungläubige im Dienst der islamischen Gemeinschaft.³

Es gibt immer gemäßigtere und radikalere Varianten von Ideologien. Wenn aber die Ideologisierung einer Religion nichts mit der Religion zu tun haben darf, bleibt das Geschehen unerklärlich. Wie schon das „Islam“ anzeigt, geht es im Begriff Islamismus um eine ideologisierte Form des Islams. Sie erhebt politische Ansprüche, die mit der säkularen Gesellschaftsordnung inkompatibel sind. Im Dschihadismus geht der Extre-

mismus in die Gewaltsamkeit über. Gewalt wird eigentlich immer nur von Minderheiten ausgeübt. Islamisten unterscheiden sich nicht durch die Religion, sondern durch die Radikalität, mit der sie ihre Religion leben, von friedlichen Muslimen. Die Ebenen Islam, Islamismus und Dschihadismus sind nicht dasselbe, aber die eine könnte es nicht ohne die andere geben, so wie es Nationalismus nicht ohne Nation, Kapitalismus nicht ohne Kapital oder den „real existierenden Sozialismus“ nicht ohne die Ideologie des Sozialismus geben konnte.

Als Islamisierung lassen sich die Prozesse definieren, die von den gemäßigten zu radikaleren und extremeren Formen verlaufen. Die gemäßigten Formen des Islams stehen in der gesamten islamischen Hemisphäre im Kampf mit denjenigen, die in seiner Radikalisierung, Politisierung und Ausweitung zu einer alle Lebensbereiche umfassenden Bewegung den großen Fortschritt zum Ursprung erkennen.⁴ Nach dem Scheitern ihrer Interventionspolitik im Nahen Osten muss die westliche Außenpolitik dort darauf ausgerichtet sein, die jeweils gemäßigten gegen die radikalen und gegebenenfalls die radikalen gegen die extremistischen Kräfte zu unterstützen. Mit den letztlich innerreligiösen Abstufungen ist ein grundlegender außenpolitischer Paradigmenwandel verbunden. Es geht nicht mehr um die Ausbreitung der Demokratie gegen Diktaturen, sondern um die Bewahrung einer allgemeinen Stabilität und Zivilität gegen totalitäre Extreme.

Auch in europäischen Demokratien verändert die drohende Islamisierung den Focus von der Integration der pauschal als gemäßigt wahrgenommenen Muslime hin zur Prävention ihrer Radikalisierung und gegebenenfalls strafrechtlichen Eindämmung. Von der Sozialen Arbeit und politischen Bildungsarbeit bis hin zur Gesetzgebung, Polizei und Justiz gilt es neben der fortbestehenden Gefahr des politischen Extremismus den religiösen Extremismus wenn nicht zurückzudrängen, dann zumindest einzudämmen. Dass sich religiöser und politischer Extremismus gegenseitig aufzuschaukeln drohen, macht diese Arbeit umso notwendiger.

Da die 2000 Imame in Deutschland und nahezu alle islamischen Organisationen wie DITIP, Milli Görüs und die Kulturvereine zum größten Teil aus dem Ausland gesteuert werden, können sie sich der Theologie ihrer Herkunftsländer nicht entziehen. Nach den vier prägenden Rechtsschulen, ob sunnitisch oder schiitisch, müssen jene getötet werden, die Gott und seinen Gesandten beleidigen. Die Tötung von Homosexuellen wird ebenfalls gefordert. Und diese Theologie wird – so auch